



Das OLG Celle hat Vergabekriterien bewertet.
(Quelle: rangizzz - Fotolia)

EDITORIAL

Wenn Konzessionen vergeben werden, müssen die Gemeinden ihre Vergabekriterien offen legen. Das sorgt jedoch noch lange nicht für die gewünschte Transparenz, ob diskriminierungsfrei vorgegangen wird. Denn welche Kriterien genau gebraucht werden und wie wichtig sie sein dürfen, da stochert die Branche weiter im Trüben. Das OLG Celle hat sich nun bei der Vergabe in Holzminden die Mühe gemacht, alle angefochtenen Kriterien zu bewerten. Die Details finden Sie in dieser Ausgabe. Ein weiteres Thema ist der österreichische Regulierer E-Control: Das Bundesverwaltungsgericht hält die Behörde nicht für unabhängig und mithin seine Anweisungen für egal.

Thorsten Czechanowsky
Redaktion ener|gate

Solveig Wright
Redaktion ener|gate

★ TOPMELDUNG DER WOCHE

KONZESSIONEN

OLG bestätigt Vergabe in Holzminden

Holzminden (energate) - Das Oberlandesgericht (OLG) Celle hat die Konzessionsvergabe in Holzminden (Niedersachsen) bestätigt. Im dritten Anlauf hatte die Stadt die Konzessionsvergabe für das Stromnetz an die Stadtwerke Holzminden vergeben, teilte die Stadt mit. Gegen diese Entscheidung hatte der Altkonzessionär Westfalen Weser Netz eine einstweilige Verfügung beantragt. Diese lehnte das Gericht ab. Die Entscheidung ist nicht anfechtbar.

INHALTSVERZEICHNIS

★ OLG bestätigt Vergabe in Holzminden	1
🔪 Gericht: E-Control nicht unabhängig	2
Übertragungsnetz wird günstiger	3
Haushalte zahlen acht Mrd. Euro Netzentgelte	3
🏠 BDEW stellt sich auf Seite der Verteilnetzbetreiber	3
Billige Gaskrisenvorsorge ist möglich	4
Ausnahmen für Händler gelten bis 2020	5
🌟 OGE und Thyssengas richten Projektgesellschaft ein	5
Tennet erhält Auftrag für Nordseenetz	6
Bundesrat legt Planungskorridor für Tessin fest	6
✂ Schweiz: 23 Prozent mehr Biogas eingespeist	7
"Erst ein Bruchteil des Speichermarkts ist erschlossen"	7
Renault koppelt E-Autos ans Netz	8
🌐 Eon positioniert sich als Gateway-Administrator	8
Energie Thun startet mit Smart Grid	9
BKW erneuert Unterstation im Berner Jura	9
👤 RWE benennt zweite Führungsebene für Newco	9
Zumwald nun regulärer Swissgrid-Chef	10
Führungswechsel in Pirna	10
Pinneberg mit neuem Geschäftsführer	10

In dem Urteil (Aktenzeichen: 13 U 141/15 (Kart)), das der Redaktion vorliegt, setzt sich die Kammer mit den einzelnen Vergabekriterien auseinander. Diese würden die nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs gestellten Anforderungen zur Transparenz und Diskriminierungsfreiheit erfüllen. Dabei räumt das Gericht der Kommune Gestaltungsmöglichkeiten bei der Konzessionsvergabe ein, die Westfalen Weser Netz als nicht zulässig empfand. Entsprechend hoben die Richter die erstinstanzliche Entscheidung des Landgerichts Hannover auf, das dem Altkonzessionär recht gegeben hatte.



Westfalen Weser Netz sah den Anforderungen aus dem Paragraphen 1 des Energiewirtschaftsgesetzes nicht ausreichend Rechnung getragen, dass die Interessen der Verbraucher ausschlaggebend für die Beauftragung eines Netzbetreibers sein sollen. Die darauf aufbauenden Vergabekriterien entsprechen 65 Prozent der Anforderungen. Dies ist nach Ansicht des Gerichts ausreichend, da es keine zwingenden Vorgaben für die Gewichtung der Kriterien gebe. Zudem habe sich in der Rechtsprechung mehrheitlich durchgesetzt, dass die Kriterien mindestens 50 Prozent der Bewertung ausmachen müssten. Zudem seien sie nicht wichtiger als weitere Anforderungen, die die Interessen der Kommune sichern. Durch die detaillierte Bewertung sei auch nicht ersichtlich, dass dabei eine Verwässerung der Kriterien zur Erreichung der Rekommunalisierung gegeben sei.

„Durchgreifende Einwände gegen das Konzessionsverfahren, die einer Vergabe und damit dem Abschluss eines Vertrages entgegen stehen könnten, bestehen nicht.“

OLG Celle

Das Gericht kam auch zu dem Schluss, dass die Stadt das Recht habe, bindende Forderungen an die Konzessionäre zu stellen. Dies entspreche dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde. Die Kritik, dass die Verlässlichkeit des Altkonzessionärs gegenüber den Stadtwerken nicht ausreichend gewürdigt würde, wies das Gericht zurück. So haben die Stadtwerke mit dem Anteilseigner Gelsenwasser einen erfahrenen Partner. Zudem sei es im Sinne des Wettbewerbs, dass neue Unternehmen eine realistische Chance auf eine Konzessionierung hätten.

Ein weiterer Streitpunkt war die relative Bewertung. Die Stadt hatte im Vorfeld mitgeteilt, dass das beste Angebot in jedem Teilbereich die Höchstpunktzahl erhalte. Die anderen Angebote würden dann damit verglichen. Westfalen Weser Netz hatte moniert, dass so nicht klar sei, welche Anforderungen zu erfüllen seien. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass diese Vorgehensweise zulässig sei und den Ideenwettbewerb fördere. Die Stadt habe ausreichende Hinweise gegeben, welche Schwerpunkte sie bei der Suche nach einem Netzbetreiber setze. Die vollständige Ausgestaltung der Kriterien hätte aber dazu geführt, dass die Unternehmen keine eigenen Ideen zum Netzbetrieb mehr hätten einbringen können.

Die Sozietät Becker Büttner Held aus Berlin vertrat in dem Verfahren die Stadt. Sie begrüßte das Urteil. Es könne für die Kommunen mehr Rechtssicherheit bedeuten, teilte das Unternehmen mit. So hätte bislang oft Unklarheit zur Vergabe geherrscht, was zu unterschiedlichen Gerichtsentscheidungen geführt habe. Mit dem Urteil sei die Position der Kommunen gestärkt. Westfalen Weser Netz wollte das Urteil auf Anfrage nicht kommentieren. Die Begründung werde intern geprüft. /sw

BEHÖRDE

Gericht: E-Control nicht unabhängig

Wien (energate) - Das österreichische Bundesverwaltungsgericht hat die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde E-Control in Abrede gestellt. Laut einer Mitteilung der Behörde hat das Gericht geurteilt, dass E-Control keine Unabhängigkeit besitzt, weil es eine Berichtspflicht gegenüber dem österreichischen Wirtschaftsminister gibt. Laut den europäischen Vorgaben müssen Regulierungsbehörden unabhängige Einrichtungen sein, die keiner politischen Einflussnahme unterliegen. Mit der Begründung hatte das Gericht einen Beschluss der Behörde aufgehoben. Grundsätzlich werden alle Beschlüsse von E-Control damit angreifbar.

Der scheidende E-Control-Vorstand Walter Bolz wies die Auffassung des Gerichts zurück. Die Berichtspflicht bedeute nicht, dass die Behörde abhängig von der Politik sei. Die Entschlüsse würden unabhängig gefällt. Die Informationspflicht ist in der Verfassung Österreichs verankert. Die Regulierungsbehörde werde gegen die Entscheidung Revision beim Verwaltungsgerichtshof erheben. Entscheide, die nicht angefochten wurden, seien weiterhin gültig. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts gilt solange der Verwaltungsgerichtshof nicht anders entscheidet.

Laut Medienberichten kann die Unabhängigkeit der Behörde auch an anderer Stelle angezweifelt werden. Der Vorstand der Behörde wird neu besetzt. Der neue Vorstand, Andreas Eigenbauer, war bisher Senatsrat der Gemeinde Wien. In dieser Funktion gehörte er zur Leitung des Versorgers Wien Energie. Als neuer E-Control-Vorstand wäre er für die Regulierung des Unternehmens zuständig. Allerdings hat er seinen Posten bei der Stadt nicht aufgegeben, heißt es in einem Bericht des "Kuriers". Vielmehr sei er für die Leitung der Regulierungsbehörde beurlaubt. Dies könnte ein Grund sein, die Unabhängigkeit der Behörde anzuzweifeln. /sw

In Wien steht die Regulierungsbehörde unter Beschuss. (Quelle: Munich_01 - Fotolia)



ENTGELTE

Übertragungsnetz wird günstiger

Laufenburg (energate) - Der nationale Netzbetreiber Swissgrid reduziert die Tarife für das Übertragungsnetz. Damit werde die durchschnittliche finanzielle Belastung der Stromkonsumenten im Jahr 2017 leicht sinken, teilte Swissgrid mit. Die Kosten für die allgemeinen Systemdienstleistungen (SDL) seien um elf Prozent tiefer, während jene für die Netznutzung unverändert blieben. Insgesamt zahle ein Vierpersonenhaushalt in diesem Jahr im Durchschnitt 59 Franken oder voraussichtlich rund sieben Prozent der jährlichen Stromkosten für die Leistungen von Swissgrid. Die Kosten für die SDL werden größtenteils durch die Beschaffung von Regelenergie verursacht, mit der Swissgrid die Differenz zwischen Stromproduktion und -verbrauch ausgleicht. Der Netznutzungstarif deckt die Kosten für die Strominfrastruktur des Übertragungsnetzes, das Swissgrid betreibt.

Der allgemeine SDL-Tarif wird für die Endverbraucher noch 0,40 Rp./kWh verbrauchten Stroms betragen (2016: 0,45 Rp./kWh). Grund seien einerseits tiefere Beschaffungskosten für Regelenergie, andererseits der Abschluss der aus dem Jahre 2013 bestehenden Unterdeckung. Hierzu teilte Swissgrid mit, Deckungsdifferenzen könnten entstehen, da Swissgrid die Tarife jeweils auf Basis von Planzahlen im Voraus ermittle. Innerhalb des betroffenen Geschäftsjahres wichen dann die tatsächlichen Kosten und Erlöse von den Annahmen ab.

Zu den stabilen Netznutzungstarifen hieß es weiter, tariferhöhende Effekte ergäben sich vor allem aus Investitionen in das Übertragungsnetz sowie dem Ersatz und der Instandhaltung bestehender Infrastruktur. Wie in den vergangenen Jahren müsse Swissgrid zudem eine bestehende Deckungsdifferenz abbauen. "Diese entstand, weil die anrechenbaren Netznutzungstarife in den Jahren 2009 bis 2012 behördlich zu tief angesetzt wurden", so der Netzbetreiber. Tarifmindernde Effekte gebe es durch sinkende Betriebskosten und tiefere kalkulatorische Zinsen aufgrund der Senkung des Kapitalzinssatzes für Stromnetze,

des sogenannten WACC (Weighted Average Cost of Capital), auf 3,83 Prozent. Mit dem WACC erhalten die Netzbetreiber eine regulierte Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Umwelt (UVEK) legt den Zinssatz jedes Jahr gemäß Stromversorgungsverordnung fest.

Swissgrid betonte, dass die die Tarife für das Übertragungsnetz langfristig stabil bleiben sollen. Zumindest habe sich Swissgrid dieses Ziel gesetzt. So würden beispielsweise Maßnahmen zur Kostensenkung "konsequent fortgesetzt". Gleichzeitig verwies Swissgrid darauf, dass die Investitionen für das Netz in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich rund 2,5 Mrd. Franken betragen werden. Diese Summe hatte der Netzbetreiber bereits im vergangenen Frühjahr in seinem Bericht zum "Strategischen Netz 2025" bekannt gegeben. Dies sei deutlich weniger als früher veranschlagt. Insgesamt sei festzuhalten, dass eine Prognose über die Tarifenwicklung aus heutiger Sicht mit zahlreichen Unwägbarkeiten verbunden sei./df

STATISTIK

Haushalte zahlen acht Mrd. Euro Netzentgelte

Heidelberg (energate) - Die deutschen Haushalte müssen 2016 rund acht Mrd. Euro an Netzentgelten zahlen. Damit seien die Netzkosten für Privathaushalte innerhalb der letzten fünf Jahre im Schnitt um 17 Prozent gestiegen, ergab eine Analyse des Vergleichsportals Verivox. So beliefe sich der Anteil der Netzgebühren an den Stromkosten eines Drei- bis Vierpersonenhaushalts aktuell auf 263 Euro. Im Jahr 2011 seien es noch durchschnittlich 225 Euro gewesen (+ 38 Euro). Die höchsten Netzentgelte hätten nach wie vor die ostdeutschen Bundesländer, heißt es in der Verivox-Statistik weiter. Dort zahlten die Haushalte durchschnittlich 255 Euro jährlich an Netzkosten. Im Ost-West-Vergleich bewegten sich die Entgelte aber aufeinander zu. Während die Preisdifferenz 2011 noch bei 27 Prozent lag, seien es aktuell nur noch 20 Prozent./ml

Die Netzentgelte in der Schweiz sinken.
(Quelle: Swissgrid)



POLITIK

DIGITALISIERUNGSGESETZ

BDEW stellt sich auf Seite der Verteilnetzbetreiber

Berlin (energate) - Der Branchenverband BDEW will bei der parlamentarischen Beratung des Digitalisierungsgesetzes Verbesserungen für Verteilnetzbetreiber durchsetzen. Dabei geht es um die Zuständigkeit für die Verdichtung der Daten, die mit dem Smart-Meter-Rollout ab 2017 bei den intelligenten

Messstellen anfallen. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen die primären Zugriffsrechte bei den Übertragungsnetzbetreibern liegen. Der BDEW hält das für eine Fehlentscheidung. "Die Wirklichkeit der Stromversorgung hinkt hier der idealen Welt des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) noch hinterher", erklärte der BDEW-Hauptgeschäftsführer Martin Weyand in Berlin.

Es sei sinnvoll, beim Smart-Meter-Rollout an der bewährten Praxis festzuhalten, nach der die Verteilnetzbetreiber die Messstellen auslesen und die aggregierten Daten an die Übertragungsnetzbetreiber weiterleiten. Da die neue fernauslesbare Messtechnik stufenweise eingeführt werde, gebe es im System noch über Jahre die herkömmlichen Ferraris-Zähler sowie digitale Stromzähler ohne moderne Kommunikationstechnik. Für diesen Altbestand, zu dem rund 80 Prozent der über 40 Mio. Messstellen in Deutschland zählen, seien ohnehin die Verteilnetzbetreiber zuständig, so Weyand.

Mit dem Regierungsentwurf seien schon jetzt Daten- und Abrechnungsprobleme vorprogrammiert. Es komme zu einer konflikträchtigen Doppelung bei der Datenaggregation, wenn Verteilnetz- und Übertragungsnetzbetreiber getrennt voneinander auf die fernauslesbaren Messstellen zugreifen. Die Verteilnetzbetreiber seien nämlich gehalten, diese Daten auf einer anderen Qualitätsstufe zu verarbeiten als die Übertragungsnetzbetreiber. Um die Netzentgelte abzurechnen, müssten die Verteilnetzbetreiber die anfallenden Daten einer Qualitätsprüfung unterziehen und sie plausibilisieren. Sollten etwa Daten wegen Kommunikationsstörungen fehlen, bildeten die Verteilnetzbetreiber durch Abgleich mit anderen Systemdaten Ersatzwerte. Das habe der Übertragungsnetzbetreiber für die Bilanzkreisabrechnung nicht nötig. Beim Abgleich der beiden Netzebenen drohten dann Daten-Diskrepanzen.

Angesichts dieser Problemlage positioniert sich der BDEW, der sowohl Stadtwerke als auch Übertragungsnetzbetreiber zu

seinen Mitgliedern zählt, eindeutig auf der Seite der Verteilnetzbetreiber. Es sollte bei der bisherigen Praxis bleiben, wonach die Messdaten über die verschiedenen Ebenen hoch aggregiert werden. Einiges spricht dafür, dass der Bundestag den Regierungsentwurf in diesem Punkt modifiziert. "Die Fraktionen wollen alle Kunden mitnehmen", so der Eindruck von Weyand. Für den 13. April hat der Bundestag eine öffentliche Anhörung zum Digitalisierungsgesetz angesetzt. Die abschließende Lesung soll bis zum 29. April erfolgt sein. Am 17. Juni soll das Gesetz dann durch den Bundesrat gehen. /gk

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Billige Gaskrisenvorsorge ist möglich

Berlin (energate) - Eine garantierte Liefersicherheit für Erdgas auch im Krisenfall würde jeden Haushalt im Jahr 1,04 Euro kosten. Dies ist das Ergebnis einer Studie, die die Nymoen Strategieberatung für die Initiative Erdgasspeicher (Ines) erstellt. Abgesichert wird in dem von Nymoen berechneten Szenario allein die Belieferung "geschützter Kunden", das beinhaltet in Deutschland Haushalte und die Fernwärmeversorgung für Haushalte. Abgesichert werden Zeiträume extremer Kälte auch bei einem zusätzlichen Ausfall der größten Infrastruktur. Die Sicherheitsstandards entsprechen denen der aktuell gültigen europäischen Gas-Versorgungssicherheitsverordnung.

Die für die Absicherung benötigten Mengen und Leistungen sollen nicht die einzelnen Vertriebsgesellschaften vorhalten. Die Marktgebietsverantwortlichen (MGV) sollen sie als Regelenergieprodukte beschaffen. Im Krisenfall geben die MGV direkt, bevor die zuständigen Behörden die Notfallstufe ausrufen, die Mengen frei. Die Marktteilnehmer, die Mengen bereithalten, können sie dann im Handelsmarkt veräußern und dafür sorgen, dass im Krisenfall zusätzliche Mengen zur Verfügung stehen. Da im Verlauf des Winters der Reservebedarf zurückgeht, werden auch die als Regelenergie kontrahierten Speichermengen wieder freigegeben.

Warum ist das nach Einschätzung der Berater so billig? Die Händler verzichten für einen gewissen Zeitraum danach darauf, den Speicher selbst zu vermarkten, und werden diese Opportunitätskosten vergütet haben wollen. Dies soll über einen Leistungspreis erfolgen. Die Berater haben diese entgangenen Gewinne auf der Basis historischer Handelsdaten errechnet. Auf insgesamt 15 Mio. Euro verzichten demzufolge die Händler, daraus ergeben sich die Kosten von 1,04 Euro pro Jahr und Haushalt (bei einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh).

Der Vorschlag an sich ist nicht neu. Ines hat ihn im vergangenen Jahr im Rahmen der Diskussionen mit dem Bundeswirtschaftsministerium um die BBH-Studie zur Versorgungssicherheit unterbreitet. Ines konnte allerdings damals keine Zahlen vorlegen. Das BBH-Konsortium hat eine solche Art der Speicherverpflichtung abgelehnt und argumentiert, dies führe zu Verzerrungen im Speichermarkt und entsprechenden Kosten.

Der BDEW setzt sich dafür ein, dass die Verteilnetzbetreiber ihre Daten behalten.
(Quelle: Uli-B - Fotolia)



Das Bundeswirtschaftsministerium hat sich dieser Argumentation angeschlossen und im Dezember zwei anders ausgestaltete Regelenenergieprodukte zur Verbesserung der Versorgungssicherheit vorgeschlagen. Die Ausschreibung von zusätzlichen Long-Term Options (LTO) und ein Demand-Side-Management-Produkt (DSM).

Die LTO wurden in diesem Winter bereits ausgeschrieben. Insgesamt haben die MGV bisher 5,7 Mio. Euro für Leistungspreise ausgegeben. Im Bundeswirtschaftsministerium ist man mit dem Ergebnis zufrieden, ist aus dem Umfeld des Ministeriums zu hören. Die Ausgestaltung des DSM-Produktes wird aktuell zwischen der Bundesnetzagentur und den Marktteilnehmern diskutiert, es soll im kommenden Winter eingeführt werden. Es ist ein reines Arbeitspreisprodukt, Kosten fallen nur an, wenn ein Abruf erfolgt. Aber die Frage, wie denn für diese potenziellen Kosten Vorsorge geschaffen werden soll, ist einer der wesentlichen Diskussionspunkte.

Vor diesem Hintergrund ist aktuell nicht zu erkennen, dass das Bundeswirtschaftsministerium ein weiteres Produkt befürworten oder grundsätzlich die aktuellen Versorgungssicherheitsprodukte anpassen wird./hl

HANDEL

Ausnahmen für Händler gelten bis 2020

Brüssel (energate) - Die Ausnahmen für Commodity-Händler für Eigenkapitalrücklagen sollen bis 2020 gelten. Das beschloss der Rat der Europäischen Union. Hintergrund ist, dass die Einführung der Finanzmarktregulierung Mifid 2 sich verzögert. Die neuen Regeln sollten ursprünglich bis Ende 2017 eingeführt werden. Nun hat die EU-Kommission Nachbesserungen bei den Regeln von der europäischen Finanzmarktregulierungsbehörde Esma verlangt. Der Termin für die Einführung ist deswegen

Ausnahmen für Energiehändler gelten bis 2020
(Quelle: James Thew - Fotolia)

nicht zu halten. Damit Händler an den Commodity-Märkten einen verlässlichen Rechtsrahmen haben, will die EU die geltenden Regeln bis 2020 behalten, teilte der Rat der Europäischen Union mit. Ein entsprechender Entwurf muss noch vom Europäischen Parlament beschlossen werden. Der zuständige Wirtschaftsausschuss (Econ) des Parlamentes hatte einer möglichen Regelung bereits am 7. März zugestimmt./sw



NETZAUSBAU

ZEELINK

OGE und Thyssengas richten Projektgesellschaft ein

Essen/Dortmund (energate) - Die Fernleitungsnetzbetreiber Open Grid Europe (OGE) und Thyssengas richten ein gemeinsames Unternehmen für den Bau der Gaspipeline Zeelink ein. Die Zeelink GmbH & Co KG sei ausschließlich für den Bau der Leitung zuständig, bestätigten die beiden Unternehmen auf Anfrage. OGE, federführend bei dem Projekt, hält 75 Prozent der Anteile, Thyssengas 25 Prozent. Der spätere Betrieb der Pipeline werde dann über einen Gemeinschaftsleitungsnutzungsvertrag geregelt.

OGE und Thyssengas planen mit Zeelink den Bau einer Gasleitung von der deutsch-belgischen Grenze bei Lichtenbusch/Eynatten nach Legden bei Ahaus in Nordrhein-Westfalen sowie einen neuen Verdichter im Raum Aachen. Zeelink teilt sich in zwei Abschnitte von schätzungsweise 102 und 113 Kilometer Länge. Die Leitung soll 2021 fertig sein und rund 600 Mio. Euro kosten. Die Anbindung ans belgische Fernleitungsnetz erfolgt vor allem mit Blick auf das LNG-Terminal in Zeebrugge. Das dort per Schiff angelandete verflüssigte Erdgas (LNG) könnte einen Beitrag zur Umstellung der derzeit noch mit L-Gas versorgten Regionen in Westdeutschland leisten.

Die Antragskonferenz zur Eröffnung der Genehmigungsverfahren für die Zeelink-Pipeline, die von der belgischen Grenze bis Sankt Hubert bei Krefeld verläuft, fand im Sommer 2015 statt. Im April soll das Raumordnungsverfahren beginnen und etwa sechs Monate dauern. Zur Information der Anwohner im Projektgebiet hat OGE in sieben Städten und Gemeinden im Februar sogenannte Dialogmärkte veranstaltet. "Wir wollten möglichst früh und transparent die Informationen über das Projekt zu den Bürgern bringen", so ein OGE-Sprecher. Rund 500 Teilnehmer hat der Netzbetreiber bei den Veranstaltungen gezählt. Zusammengerechnet mit der Berichterstattung in der Zeitung, zeigt sich OGE mit der Resonanz zufrieden. Es sei ein durchweg positiver Eindruck entstanden, so der Sprecher. Lediglich in Aachen habe es eine Informationslücke gegeben, weil ein Bezirksbürgermeister erst aus der Zeitung von Zeelink erfahren habe. In Aachen ist das Konfliktpotenzial größer, da

für den neuen Verdichter eine Fläche von rund 120.000 Quadratmetern benötigt wird.

Thyssengas plant bereits über Zeelink hinaus. Der Netzbetreiber will über eine weitere Leitung, Baltic Link, Zeelink mit der NEL verbinden, die russisches Erdgas aus der Ostseepipeline Nord Stream nach Westen leitet. Damit könnte ein Quellenwettbewerb zwischen den LNG-Lieferungen aus den USA oder Katar und dem russischen Pipelinegas geschaffen werden und eine Drehscheibe für den Gashandel entstehen. Rund 30 Mrd. Kubikmeter L-Gas im Jahr, die derzeit noch aus den Niederlanden importiert werden, müssen künftig ersetzt werden./tc

NIEDERLANDE

Tennet erhält Auftrag für Nordseenetz

Den Haag/Arnheim (energate) - Tennet kann mit dem Aufbau der Anschlussysteme für die niederländische Offshore-Windkraft beginnen. Die Erste Kammer des niederländischen Parlaments hat einem Gesetz zugestimmt, auf dessen Grundlage der Übertragungsnetzbetreiber mit der Errichtung eines Nordseenetzes beauftragt werden kann. Ende 2015 hatte die Kammer ein entsprechendes Gesetz noch zurückgewiesen. Mit der jetzt erfolgten Zustimmung seien die Ziele des "Energieakkoords" noch in Reichweite, begrüßte Wirtschaftsminister Henk Kamp den Beschluss. Bis zum Jahr 2020 wollen die Niederlande demnach 14 Prozent ihres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien decken, 16 Prozent bis 2023.

Im Energieakkoord ist festgelegt, dass vor der niederländischen Küste Windkraftanlagen im Umfang von 3.450 MW errichtet werden. An Land soll die Windenergie um 6.000 MW ausgebaut werden. Mit dem Gesetz würden Hindernisse dafür beseitigt und die Rahmenbedingungen für einen effizienten und bezahlbaren Ausbau geschaffen, so Kamp. Neben Haftungsfragen bei Störungen oder Verzögerungen sei auch geregelt, wie die Netzbetreiber ihre Kosten für den Anschluss zurückverdienen können. Dies erfolgt laut Tennet für das Offshore-Netz über eine Subvention. Gehen die Kosten darüber hinaus, werden sie auf die regulierten Tarife aufgeschlagen.

Der Übertragungsnetzbetreiber begrüßte den Parlamentsbeschluss. Jetzt könne das Unternehmen seine in Deutschland erworbenen Kenntnisse auch für die niederländische Energiewende nutzen, so Tennet-Chef Mel Kroon. Zur Vorbereitung der Ausbaumaßnahmen hatte Tennet bereits Genehmigungen beantragt und mit den Herstellern ein Anschlusskonzept entwickelt. Demnach errichtet der Netzbetreiber fünf identische Plattformen mit einer Anschlussleistung von insgesamt 3.500 MW. Durch ein Temperatur-Monitoring der Kabel soll die Übertragungsleistung nach Möglichkeit erhöht werden. Die erste Plattform (Borssele Alpha) soll 2019 den Betrieb aufnehmen./tc

DURCHLEITUNG

Bundesrat legt Planungskorridor für Tessin fest

Bern (energate) - Der Bundesrat hat den Planungskorridor für den Netzausbau im Kanton Tessin festgelegt. Die geplanten Leitungen sollen die Übertragungskapazitäten der Nord-Süd-Achse sowie der Ost-West-Achse verstärken und zudem die Anlagen der Alptransit Gotthard mit Strom beliefern, teilte das Bundesamt für Energie (BFE) mit. Der Netzbetreiber Swissgrid plane hierfür eine 380-kV-Höchstspannungsleitung zwischen Airolo und Lavorgo, wofür die Leitungstrasse angepasst werden müsse. Nach dem Entscheid des Bundesrates könne Swissgrid nun den entsprechenden Planungsgenehmigungsersuch für die 23 Kilometer lange Leitung erarbeiten. Die bestehende Übertragungsleitung aus dem Jahr 1933 hat gemäß BFE eine Spannung von 220 kV und war ursprünglich nur für 150 kV ausgelegt. Diese müsse in jedem Fall mittelfristig erneuert werden, hieß es.

Weiterhin habe der Bundesrat auch das Planungsgebiet für eine Höchstspannungsleitung zwischen All'Acqua und Magadino durch das Maggiatal festgelegt. Auch im Gebiet "Alto Ticino" seien die Übertragungsnetze lediglich für 220 kV ausgelegt und müssten in den nächsten zehn bis 20 Jahren erneuert werden. Durch die Ertüchtigung des dortigen Netzes werde der Abtransport des Stroms aus der Wasserkrafterzeugung verbessert. Zudem könnten über 60 Kilometer Hochspannungsleitungen zurückgebaut werden, was die Landschaft im Maggiatal entlaste.

Den Planungen sei eine umfangreiche Studie zur Neuordnung des Höchst- und Hochspannungsnetzes vorausgegangen. Diese hätten der Kanton Tessin, der Netzbetreiber Swissgrid sowie der Azienda Elettrica Ticinese (AET) und die Schweizerischen Bundesbahnen gemeinsam erarbeitet, so das BFE./ml



Tessin soll neue Leitungen klettern (Quelle: Bilfinger)

BILANZ

Schweiz: 23 Prozent mehr Biogas eingespeist

Zürich (energate) - In der Schweiz wurden 2015 insgesamt 37,12 Mrd. kWh Erdgas und Biogas abgesetzt. Diese Zahlen teilte der Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) mit. Die Zunahme um sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr sei vor allem auf den Anstieg der Heizgradtage zurückzuführen (+ 10 %). Das ins Netz eingespeiste Biogas aus regionaler Produktion lag bei 262 Mio. kWh, das waren 23 Prozent mehr als im Vorjahr.

Nach Ansicht des VSG wird Biogas in der Schweiz immer beliebter. Zahlreiche lokale Versorger würden mittlerweile Erdgas mit unterschiedlichen Biogasanteilen anbieten. Laut Verband speisten im vergangenen Jahr 25 Anlagen Biogas ins Netz ein, im Vorjahr waren es noch 20 Anlagen. Der durchschnittliche Biogas-Anteil im Treibstoff lag bei knapp 24 Prozent. In der Schweiz waren im vergangenen Jahr 12.480 Fahrzeuge (+ 5 %) in Betrieb, die mit Erdgas und Biogas angetrieben werden. Die Zahl der Neuzulassungen belief sich auf 1.198 (-4 %)./df/tc

DREI FRAGEN AN SANTIAGO SENN, DIRECTOR ENERGY STORAGE SYSTEMS BEI LG CHEM EUROPE

"Erst ein Bruchteil des Speichermarkts ist erschlossen"

Essen (energate) - Santiago Senn, Leiter des stationären Speichergeschäfts Europa bei LG Chem blickt erwartungsvoll auf den deutschen Markt für Speichieranwendungen.

energate: Herr Senn, von welcher Entwicklung gehen Sie im deutschen Markt für Energiespeicher aus?

Senn: Wir blicken mit großen Erwartungen auf den deutschen Speichermarkt - sowohl im Bereich der Heimspeicherlösungen als auch bei in Bezug auf Großbatterien. Der Speichermarkt befindet sich nach wie vor in einem frühen Entwicklungsstadium, auch wenn die Dynamik zuletzt zugenommen hat. Wenn wir ihn mit dem Solarmarkt vergleichen, sind wir derzeit etwa an dem Punkt, als das EEG eingeführt wurde: Viele Akteure haben das Potenzial erkannt, aber noch relativ wenige Systeme sind tatsächlich installiert. Im Bereich Heimspeicher ist Deutschland der derzeit größte Markt. Gemessen an den installierten Fotovoltaikkapazitäten ist aber erst ein Bruchteil erschlossen. Wir gehen davon aus, dass das Marktvolumen im laufenden Jahr erneut wachsen wird - gerade in der zweiten Jahreshälfte.

Im Markt für stationäre Großspeicher liegt der Fokus zurzeit auf Projekten zur Erbringung von Primärregelleistung, wie

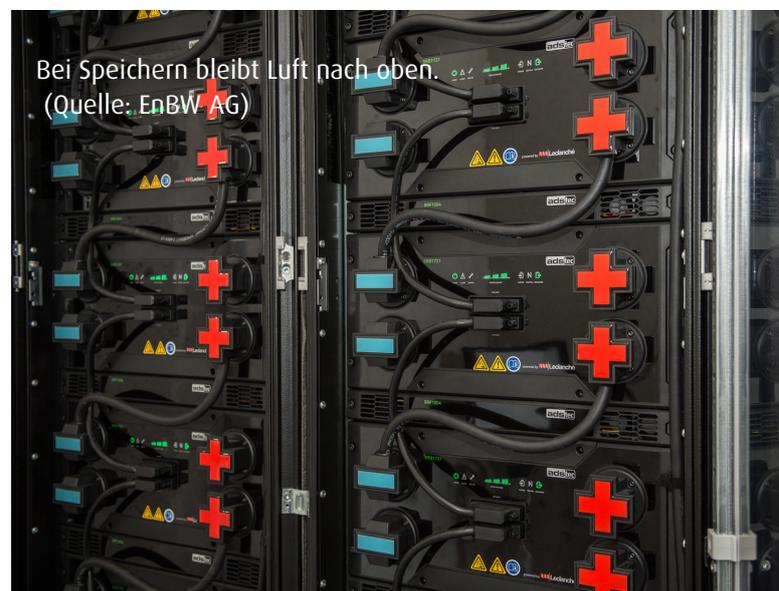
wir sie im vergangenen Jahr etwa mit der Drewag in Dresden umgesetzt haben. Solche Projekte decken aber nur einen Teil des Potenzials von Großbatterien ab. In zwei oder drei Jahren wird sich das Thema auf die Systemintegration von Solar- und Windparks verlagern. Bislang gibt es nur wenige solcher Pilotprojekte, die die Kombination von Erneuerbaren-Anlagen und Speichern technisch erproben. Solche Anwendungen werden in Zukunft aber verstärkt an Bedeutung gewinnen. Etwa wenn es darum geht, die Kosten für den Netzausbau in den Griff zu bekommen.

energate: Bislang galten die hohen Kosten für Stromspeicher immer als Hemmschuh. Mit welcher Kostenentwicklung rechnen Sie?

Senn: Wir rechnen damit, dass die Kosten für Batteriespeicher jährlich im zweistelligen Prozentbereich sinken werden. Das heißt, eine Halbierung der reinen Produktkosten ist in wenigen Jahren durchaus realistisch. Die Speicherbranche arbeitet derzeit konzentriert daran, die Herstellungskosten der Speichersysteme zu senken. Denken Sie etwa an die Elektromobilität. Die Batteriemengen, die für den Automobilmarkt in Zukunft geplant werden, sind so groß, dass die Skaleneffekte weitere Kostensenkungspotenziale heben werden. Allein solche Effekte werden neue Geschäftsmodelle erschließen, die aus heutiger Perspektive nicht darstellbar sind.

energate: In welcher Rolle sieht sich LG Chem im deutschen Speichermarkt?

Senn: Wir verstehen uns als reinen Technologie-Provider. Wir sind weder Projektentwickler noch System-Integrator. Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Entwicklung von Lösungskonzepten auf Basis unseres Produktportfolios. Dabei arbeiten wir eng mit Partnern zusammen - wie etwa aktuell mit Steag, für die wir in den kommenden Wochen die ersten Batterien ausliefern werden. Wir sehen zudem, dass neue Geschäftsmodelle auch neue Zugänge zum Speichermarkt ermöglichen. Ich denke da



etwa an die Integration von Speichern in Effizienzlösungen oder die Bündelung von Speicherlösungen in virtuellen Kraftwerken. Ein Markt mit großem Potenzial. Daher möchten wir uns hier einbringen und führen Gespräche mit potenziellen Partnern aus der Energiebranche. Wir hoffen, dass es dieses Jahr schon die ersten Ergebnisse bei der Zusammenarbeit mit Stadtwerken und Energieversorgern geben wird.

Die Fragen stellte Rouben Bathke, energate-Redaktion Essen.

"VEHICLE-TO-GRID"

Renault koppelt E-Autos ans Netz

Utrecht (energate) - Der Autohersteller Renault will in den Niederlanden ein "Vehicle-to-Grid"-Projekt in Angriff nehmen. Dabei sollen Elektroautos aus einem Carsharing-Angebot mit dem öffentlichen Netz intelligent gekoppelt werden, geht aus einer Mitteilung hervor. Renault will gemeinsam mit niederländischen Partnern dabei mehrere Anwendungsfälle kombinieren. Dafür stellt der französische Autobauer 150 Stück seines elektrischen Kleinwagens "Zoe" zur Verfügung. Die Projektpartner planen den Bau 1.000 sonnengespeicherter Ladestationen verteilt über die Stadt Utrecht. Solaranlagen sollen künftig den Strom für die E-Autos erzeugen. Die Ladetechnik selbst werde in der Lage sein, Strom entweder automatisch zum Tanken abzurufen oder aber ins Netz einzuspeisen. Wird das Fahrzeug nicht benötigt, könne Energie aus der Lithium-Ionen-Antriebsbatterie in Zeiten von Verbrauchsspitzen zurück ins Netz fließen. Die Ladesäulen seien außerdem schnellladefähig, Renault zufolge sei eine Aufladung von 80 Prozent in weniger als einer Stunde möglich. Der Autobauer kooperiert bei dem Projekt mit der Stadt Utrecht, der Netzinitiative "ElaadNL" und dem Solarunternehmen "LomboXnet". /dz

500.000 bis 700.000 Zählpunkten lohne sich die Tätigkeit als Gateway-Administrator, dessen Rolle im neuen Digitalisierungsgesetz geformt wird. Zum Vergleich: Eon ist aktuell für etwa 1,1 Mio. intelligente Zählpunkte zuständig.

Der Gateway-Administrator installiert, wartet und überwacht die Gateways und verwaltet gültige und abgelaufene Sicherheitszertifikate. Eon Metering will zudem Stadtwerke-Mitarbeiter und Monteure schulen - für die Installation, aber auch für etwaige Rückfragen der Endkunden. Einige Pilotprojekte habe es bislang dazu schon gegeben - darunter mit den Stadtwerken Celle-Uelzen, berichtete Abs. Die Fühler zu den potenziellen Stadtwerke-Kunden streckt der Konzern schon länger aus. 150 Energieversorger nehmen bisher kostenlos an einer Plattform mit dem Namen "Stadtwerkeallianz Messwesen" teil. Je näher der Rollout rückt, desto wichtiger wird es für Eon, konkrete Verträge daraus zu generieren.

Für die Umsetzung hat Eon Metering Siemens als technischen Partner gefunden. Der geschlossene Kooperationsvertrag "bringt uns ein gutes Stück voran", zeigte sich Abs optimistisch. Die von Siemens entwickelte Applikationsplattform "EnergyIP" will Eon bei den Stadtwerken einsetzen. Für welchen Zählerhersteller die Unternehmen sich entscheiden, bleibt dabei ihnen überlassen, erläuterte der neue Geschäftsführer Abs. Er trat die Stelle zu Beginn des Jahres an, die zuvor über ein Jahr vakant war. Abs ist allerdings kein neues Gesicht bei Eon. Er war schon früher für den Konzern tätig - unter anderem als Geschäftsführer der Vertriebstochter E-wie-einfach. Jetzt führt etwa 100 Mitarbeiter am Unternehmenssitz von Eon Metering in Unterschleißheim bei München. Seine Aufgabe ist es, den Spezialisten für das Messwesen stärker als Dienstleister zu positionieren.

Eon will Gateway-Administrator werden.
(Quelle: Voltaris)



UNTERNEHMEN

DIGITALISIERUNG

Eon positioniert sich als Gateway-Administrator

Essen (energate) - Als Gateway-Administrator bringen sich zurzeit mehrere Unternehmen in Position, um die neue Rolle im Zuge des Smart Metering für kleinere Stadtwerke und Messstellenbetreiber zu übernehmen. Auch der Energiekonzern Eon tritt über seine Tochter Eon Metering als Komplettanbieter im Messwesen auf. Das Unternehmen will Stadtwerke beim Rollout intelligenter Zähler beraten und unterstützen, der ab dem Jahr 2017 bei höheren Verbräuchen ansteht. Vielen Stadtwerken fehle das Know-how und das Geld, um sich mit der komplexen Materie zu befassen, sagte Paul-Vincent Abs, Geschäftsführer von Eon Metering, im Gespräch mit energate. Erst ab etwa

Andere Konzerne wie EnBW und RWE sind in diesem Feld ebenfalls aktiv. Zudem haben Stadtwerke-Kooperationen wie Südweststrom und Trianel das Geschäftsfeld für sich entdeckt sowie einzelne größere Regionalversorger wie EWE, Rheinenergie und Westfalen Weser Netz, die sich zu einer Allianz unter dem Namen "Gwadriga" zusammengeschlossen haben. Auch klassische Software- und IT-Unternehmen wie Schleupen oder Wilken bringen sich in Stellung. Kleinere Stadtwerke haben somit die Qual der Wahl, wen sie als Dienstleister wählen wollen./mt

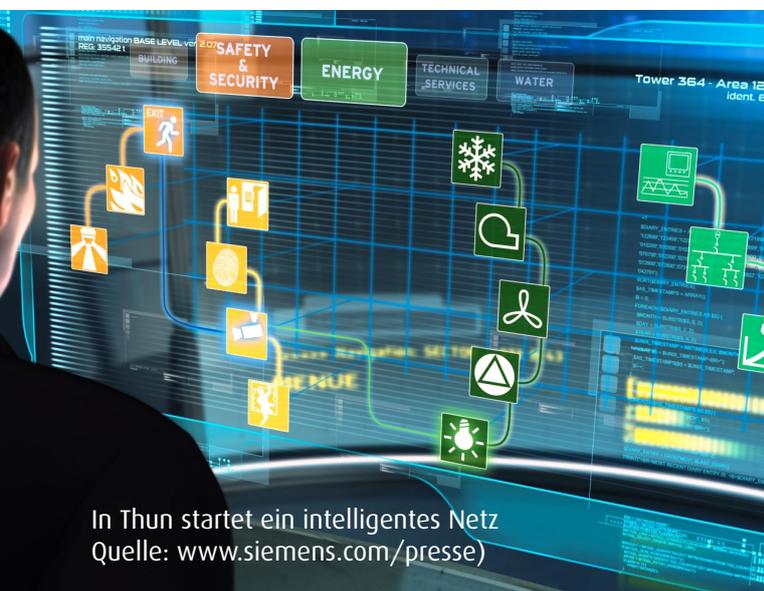
INTELLIGENZ

Energie Thun startet mit Smart Grid

Thun (energate) - Die Energie Thun hat den Startschuss zum intelligenten Stromnetz gegeben. Darauf wies der Versorger einer Präsentationsveranstaltung hin. "Die Umrüstung der Strom-, Gas- und Wasserzähler hat begonnen und die Energie Thun AG baut ein Smart-Grid-Testgebiet auf", so das Unternehmen. Details nannte es jedoch nicht. Das Testgebiet entsteht in einem Thuner Stadtteil.

Bei dem Anlass referierte auch Nationalrat und Unternehmer Jörg Grossen (GLP) zur Energiestrategie. Diese sei ein Schritt in die richtige Richtung und löse einige Probleme, jedoch nicht alle, meinte er. "Es wurden Ziele definiert, jedoch keine Maßnahmen. Die Politik kann die Rahmenbedingungen setzen, die Umsetzung liegt jedoch bei der Wirtschaft", sagte Grossen. Am Beispiel seines Firmengebäudes in Frutigen verdeutlichte er, wie hoch das Energiesparpotenzial bei Gebäuden heutzutage ist.

Mit verschiedenen Maßnahmen könne der Stromverbrauch beim Plusenergiegebäude um 80 Prozent und der Wärmeverbrauch um 50 Prozent gesenkt werden und dabei müsse nicht auf Lifestyle, Komfort und Sicherheit verzichtet werden./df



In Thun startet ein intelligentes Netz
Quelle: www.siemens.com/presse

WARTUNG

BKW erneuert Unterstation im Berner Jura

Bern (energate) - Die BKW beginnt am 29. März mit der Erneuerung der Unterstation Tramelan im Berner Jura. Die Anlage werde technisch für das Stromnetz der Zukunft fit gemacht. Außerdem soll sie optisch aufgewertet werden, teilte der Versorger mit. Die Unterstation habe das Ende ihrer Lebensdauer erreicht, daher investiere das Unternehmen nun 7,7 Mio. Franken in die Erneuerung. Auf dem Areal der bestehenden Unterstation soll ein neues Gebäude entstehen, das sich mit seinem Satteldach gut in die Umgebung einfüge. Außerdem würden zwei Transformatoren im Freien entfernt, wodurch die Anlage leiser werde. Im Frühjahr 2018 werde das ältere Gebäude zurückgebaut. Die Bauarbeiten will die BKW bis Juni 2018 abschliessen./df



PERSONALIEN

VORSTAND

RWE benennt zweite Führungsebene für Newco

Essen (energate) - Der Energiekonzern RWE hat weitere Details zum Personaltableau der "zweiten Führungsebene" seiner Zukunftsgesellschaft bekanntgegeben. Demnach gehören zum Führungsteam von der künftigen Netzvorständin Hildegard Müller die Bereichsvorstände Joachim Schneider, Bernd Böddeling und Marie-Theres Thiell, heißt es im Brief des Konzerns an die Partnerkommunen. Böddeling und Schneider sitzen derzeit beide im Vorstand der RWE Deutschland AG, während Thiell aus dem Führungsteam von RWE East stammt.

Dem künftigen Vertriebsvorstand der "NewCo", Martin Herrmann, soll ein fünfköpfiges Executive Committee zur Seite stehen. Dem gehören Filip Thon, Carl-Ernst Giesting, Patrick Lammers, Martin Muhr und Paul Coffey an. Giesting ist aktuell Vorstandsvorsitzender der RWE Vertrieb AG. Thon verantwortet in der Osteuropa-Tochter das Vertriebsressort. Lammers und Muhr gehören beide zum Führungsteam der niederländischen RWE-Tochter Essent an, während Coffey im vergangenen Jahr zur britischen Npower beordert wurde, um die kriselnde Tochtergesellschaft zu restrukturieren. Zuvor gehörte er zum Führungsteam der Erneuerbarengesellschaft RWE Innogy.

In der Erneuerbarensparte setzt die neue RWE-Gesellschaft derweil auf Kontinuität. Das Führungsduo besteht aus Spartenvorstand Hans Bünting und Holger Himmel. Beide bilden zurzeit die Spitze von RWE Innogy./rb

NETZBETREIBER

Zumwald nun regulärer Swissgrid-Chef

Laufenburg (energate) - Yves Zumwald (48) ist nun auch offiziell Vorstandschef des Schweizer Netzbetreibers Swissgrid. Das teilte das Unternehmen nach der Sitzung des Verwaltungsrates mit, der die Personalie festzurte. Zumwald, der aktuell den Geschäftsbereich Grid leitet, führt Swissgrid bereits seit September 2015, allerdings übergangsweise, wie Swissgrid betonte.

Im Herbst hatte der bisherige Swissgrid-Chef Pierre-Alain Graf seinen Rücktritt erklärt. Bis zur Neubesetzung des Geschäftsbereichs Grid bleibt Zumwald auch dafür verantwortlich. Zumwald ist seit Januar 2014 Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter des Geschäftsbereichs Grid. Zuvor hatte der Elektroingenieur seit 2009 als Vertriebsdirektor für die Westschweizer Romande Energie gewirkt.

Swissgrid kündigte unterdessen an, für das kommende Jahr die Tarife für das Schweizer Übertragungsnetz zu senken. Die Kosten für die allgemeinen Systemdienstleistungen (SDL) seien um elf Prozent niedriger, während jene für die Netznutzung unverändert blieben. Der allgemeine SDL-Tarif wird für die Endverbraucher noch 0,37 Cent/kWh verbrauchen Stroms betragen (2016 sind es 0,41 Cent/kWh). Grund seien einerseits niedrigere Beschaffungskosten für Regelenergie, andererseits der Abschluss der aus dem Jahre 2013 bestehenden Unterdeckung./df

STADTWERKE 1

Führungswechsel in Pirna

Pirna (energate) - Die Stadtwerke Pirna werden ab dem 1. April von drei Geschäftsführern geleitet. Das entschied der Aufsichtsrat des sächsischen kommunalen Versorgers, teilte die Stadt Pirna mit. Nach dem Wechsel des bisherigen kaufmännischen Geschäftsführers Herbert Marquard zum Chemnitzer Versorger Eins Energie übernimmt Andy Bederke den Posten. Der 39-Jährige leitete zuletzt die Abteilung Betriebswirtschaft des Pirnaer Versorgers. Für Ekkard Oswald, der sich in den Ruhestand verabschiedet, rückt Peter Kochan für die Stelle des technischen Geschäftsführers in Pirna auf. Der 44-Jährige war zuletzt als Prokurist im Unternehmen tätig. Olaf Schwarze bleibt als dritter Geschäftsführer weiterhin im Führungsteam des Versorgers../am

STADTWERKE 2

Pinneberg mit neuem Geschäftsführer

Pinneberg (energate) - Sven Hanson wird Geschäftsführer bei den schleswig-holsteinischen Stadtwerken Pinneberg. Den Vertrag hätten der Diplom-Ingenieur und der kommunale Versorger am 17. März. Hanson folge damit auf Henning Fuchs, der im Sommer in den Ruhestand treten werde. Der 65-Jährige leitet den Versorger seit 28 Jahren. Hanson ist derzeit Leiter der Stadtwerke Norderney./ml

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 5
D-45131 Essen

Handelsregister:

Amtsgericht Essen HRB 24811

Sitz der Gesellschaft:

Essen

Geschäftsführung:

Marc Hüther, Dirk P. Lindgens

Chefredakteur:

Christian Seelos (Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV)

Redaktion:

Thorsten Czechanowsky, Solveig Wright und
die energate-Redaktionen in Essen, Berlin und Olten/Schweiz
Wir freuen uns über Anregung und Kritik an redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Essen:

Norbertstraße 5, D-45131 Essen
Telefon +49 201 1022-500
Telefax +49 201 1022-555
redaktion@energate.de

Kundenservice:

Telefon +49 201 1022-500
Telefax +49 201 1022-555
kundenservice@energate.de

Abonnement:

ener|gate Netze erscheint wöchentlich im PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 75,- € (zzgl. MwSt.) monatlich. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright:

Sämtliche Informationen von ener|gate Netze wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte von ener|gate Netze sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.